

Frau Schumacher spricht die Erläuterungen hinsichtlich der Durchführung des Ordnungsdienstes an. Demnach dürfe dieser nur noch zu zweit ausgeführt werden. Ihr fehle das Verständnis dafür.

Der Bürgermeister verweist auf die Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmungen. Zudem sei wie vielerorts eine zunehmende Aggressivität gegenüber behördlichen Mitarbeitern feststellbar. Aktuell seien Gefährdungsbeurteilungen durch Arbeitsschutzexperten durchgeführt worden. Daraus resultiere die Notwendigkeit einer genaueren Bewertung, bevor man Kräfte einzeln rausschicke.

Frau Schumacher hinterfragt, ob diesbezüglich personell Abhilfe geschaffen würde. Dies könne ja kein Dauerzustand sein. Zu berücksichtigen seien ja auch Urlaubs- und Krankenzeiten.

Herr Neulen verweist ergänzend auf eine hausinterne Verfügung, bis zur abschließenden Auswertung der Gefährdungsanalysen Kräfte nur noch zu zweit in den Ordnungsdienst zu schicken. Je nach Auswertung der Analyse sei ja auch denkbar, in bestimmten Situationen den Ordnungsdienst wieder von Einzelkräften auszuführen.

Der Bürgermeister ergänzt dies und macht deutlich, dass man sich aufgrund gesetzlicher Vorgaben zusehends mit sich selber beschäftigen müsse und der bürokratische Aufwand immer mehr werde.

Frau Schumacher formuliert die konkrete Frage, ob man in Erwägung gezogen habe, mehr Personal einzustellen.

Natürlich denke man darüber nach, so der Bürgermeister, gleichwohl habe man auch die Kosten im Auge zu behalten. Zudem müsse man abwägen, ob die Aufgaben nicht anders gelöst werden können. Außerdem sei die aktuelle Situation vorübergehend und nicht abschließend.

In weiteren Wortbeiträgen wird vorgeschlagen, mit 450-Euro-Kräften zu arbeiten, da sich die Kosten ja amortisieren würden.

Der Bürgermeister schildert die personellen Möglichkeiten. So sei Personal aus dem Hermann-Weber-Bad ausdrücklich nicht freigestellt worden, sondern werde flexibel – auch für die genannten Aufgaben – mit eingesetzt. Durch dieses Jonglieren würden unter dem Strich mehr als die genannten zwei Personen für die Aufgaben eingesetzt.

Herr Liene stellt auf die Zahlen im Quartalsbericht ab, aus denen schon zu ersehen sei, wie sich die Rechnung darstelle. Demnach habe weder etwas verloren noch etwas gewonnen, wenn man eine Person einstelle.

Im Ergebnis, so der Bürgermeister, werde man nach Vorliegen aller Erkenntnisse und Wiederaufnahme des Bad-Betriebes überlegen, inwieweit personell noch nachzurüsten sei.

Zum Ende der Aussprache beantragt Herr Strausfeld für die CDU-Fraktion, im nächsten HA am 17.06.2019 die ordnungspolizeiliche Situation des Ruhenden Verkehrs klar und deutlich darzulegen.